

Deutschland-Frage behält Vorrang

Die neue Note der Westmächte - Sowjetische Bedingungen abgelehnt

Berlin (Eigenmeldung). Die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands behält trotz der sowjetischen Bemühungen, das Deutschland-Problem in den Hintergrund zu schieben, Vorrang unter den internationalen Problemen. Die Westmächte sind entschlossen, die Deutschland-Frage bis zur Wiedervereinigung nicht mehr ruhen zu lassen. Das bevorstehende Treffen der westlichen Regierungschefs auf den Bermuda-Inseln und vor allem die letzte Antwortnote der Westmächte auf die ablehnende sowjetische Note vom 3. November sind deutliche Beweise dafür.

In der Note werden die sowjetischen Bedingungen für eine Konferenz der Großmächte als „völlig unannehmbar“ zurückgewiesen, gleichzeitig wird aber die Einladung zu einer Viermächte-Außenministerkonferenz über Deutschland und Österreich aufrechterhalten. Ein bestimmter Zeitpunkt für diese Konferenz wird nicht vorgeschlagen. Die Westmächte erklären ihr Bedauern darüber, daß die sowjetische Regierung zum dritten Male innerhalb der letzten vier Monate die Einladung zu Besprechungen über Deutschland und Österreich abgelehnt hat.

Die Westmächte betonen in ihren gleichlautenden Noten, daß ihrer Ansicht nach der beste Weg zur Minderung der internationalen Spannungen darin besteht, „in den konstruktiven Bemühungen um eine schrittweise Lösung der noch offenen Probleme fortzufahren, wobei mit denen zu beginnen wäre, deren baldige Regelung am dringendsten ist“.

Aus diesem Grunde hätten die Westmächte eine Konferenz der vier Außenminister vorgeschlagen, um das Deutschlandproblem, insbesondere die Wiedervereinigung in Freiheit, zu lösen und den Staatsvertrag für Österreich abzuschließen.

Die Westmächte betonen weiter, daß sie in ihrer letzten Note keinerlei Bedingungen gestellt haben, während die sowjetische Regierung ein Außenministertreffen von der An-

nahme einer Reihe von Forderungen abhängig mache.

„Ein schutzloses Westeuropa scheint der von der sowjetischen Regierung für die Teilnahme an einer Konferenz geforderte Preis zu sein. Die sowjetische Regierung muß sich darüber klar sein, daß derartige Forderungen unannehmbar sind.“

- Zu der von der Sowjetunion geforderten Teilnahme Rotchinas heißt es in den Noten: „Eine Teilnahme Rotchinas würde nicht nur zu vergeblichen und endlosen Debatten

führen, sondern auch jeden Fortschritt in der Regelung von Fragen verhindern, die sowohl dringender als auch konkreter Natur sind.“

Die Noten schließen mit dem Hinweis, daß die Westmächte dennoch weiterhin entschlossen sind, mit allen geeignet erscheinenden Mitteln eine Verständigung über die Fragen zu erzielen, deren Lösung für eine internationale Entspannung wesentlich ist.

„Daher halten wir die Einladung an die sowjetische Regierung vom 18. Oktober voll aufrecht. Wir sind überzeugt, daß Verhandlungen über diese wichtigen Probleme den Weg zu einer Verständigung auf breiterer Basis bahnen und damit die Aussichten auf die Wiederherstellung eines echten Weltfriedens verbessern würden.“

Erfolg der westlichen Politik

Lächerliches Formular verschwand - Wenigstens ein Anfang

Berlin (Eigenmeldung). Die Aufhebung des Interzonenpaßzwanges, zu dem sich auch die Sowjetzonenbehörden entschlossen, nachdem die Westmächte die Interzonenpässe bereits abgeschafft hatten, wird allgemein als ein Erfolg der konsequenten Politik der Westmächte gewertet, die immer wieder auf die Beseitigung dieses „lächerlichen Formulars“ gedrängt hätten. Diese Tatsache wird nicht dadurch geändert, daß die sowjetzonalen Presse nunmehr die jahrelangen westlichen Bemühungen um freizügigen innerdeutschen Reiseverkehr totzuschweigen versucht.

Als die Westmächte den Interzonenpaßzwang aufhoben, sprach die Sowjetzonenregierung von

„einseitiger Maßnahme“. Gleichzeitig kündigte sie scharfe Sicherungsmaßnahmen gegen die „Wühlarbeit amerikanischer Agenten“ an. Jetzt indessen hat man sich unter dem Eindruck, den die westliche Initiative in ganz Deutschland hervorrief, plötzlich eines Besseren besonnen und den Interzonenpaß aufgehoben. Diese Wandlung kann man sich nur so erklären, daß die Machthaber in Pankow von den Sowjets zurückgepfiffen wurden.

Übrig geblieben sind nun noch die von den Sowjetzonenbehörden verlangten Aufenthaltsgenehmigungen und Personalbescheinigungen. Hoffen wir, daß auch sie in Kürze der Vergangenheit angehören.

Wir holen auf

Es gibt Menschen, die jeden Monat die Ausfuhrziffern ihres Landes mit Herzklopfen erwarten. Dazu gehören sicher manche Notenbankpräsidenten und Wirtschaftsminister; wahrscheinlich aber auch viele Kaufleute und andere Personen, die um das wirtschaftliche Wohlergehen ihres Landes besorgt sind. An den Exportergebnissen kann man Verschiedenes ablesen. Zunächst einmal, wie es mit der wirtschaftlichen Konjunktur in der Welt draußen bestellt ist. Sollten die Umsätze im Außenhandel von mehreren Ländern etwa stagnieren oder gar zurückgehen, so könnte das ein Zeichen für schlechtes Wetter in der Weltwirtschaft sein.

Man kann an den Exportergebnissen aber auch erkennen, ob die eigene Wirtschaft nicht zu teuer geworden ist, ob eine geschickte Handelspolitik es versteht, dem Auslandsabsatz die Wege zu ebnen und ob die Exporte überhaupt ausreichen, um die in den dicht besiedelten Industriestaaten benötigten Einfuhren an Nahrungsmitteln und Rohstoffen bezahlen zu können. Besonders in guten Zeiten, wenn es sehr leicht ist, im Inland seine Waren los zu werden, besteht auch die Gefahr, daß Ausfuhranstrengungen nachlassen.

Die Meldung, daß die Ausfuhr der Bundesrepublik im Oktober auf 1723 Mill. DM gestiegen und damit um 14 v. H. höher war als im Vormonat, enthebt uns all solcher sorgenvollen Überlegungen. Die Weltkonjunktur kann im ganzen nicht schlecht sein, wenn sie solche Ausfuhrrekorde ermöglicht. Die deutschen Exporteure haben trotz steigender Absatzchancen im Inland die einem schärferen Wettbewerb ausgesetzte Ausfuhr nicht vernachlässigt. Die Ausfuhrerlöse waren im Oktober um 291 Mill. höher als die für die Einfuhr gebrauchten Devisen. Dadurch wird der Spielraum immer größer, den wir für die weitere Lockerung der bisherigen Devisenbewirtschaftung benutzen können, so daß wir dem Endziel einer freien Austauschbarkeit der Währungen immer näher kommen.

Der Exporterfolg der Bundes-

republik von 1,7 Mrd. DM im Oktober ist eine gute Leistung, die den Vergleich mit den besten Vorkriegsjahren aushalten kann. Würde diese Intensität des Exports anhalten, so entspräche dies einem Jahresexport von über 20 Mrd., während z. B. das Deutsche Reich im besten Exportjahr der Vorkriegszeit (1929) nur für 13,5 Mrd. Reichsmark ausfuhrte. Selbst wenn man die Preisveränderungen seit 1929 berücksichtigt (etwa plus 70 v. H.) und der Bundesrepublik anteilmäßig zwei Drittel des damaligen Gebietes zuschreibt, so ist der heute erreichte Stand der Ausfuhr relativ größer als damals.

Damit dürfte die Bundesrepublik in der Weltausfuhr hinter den USA, Kanada und England an den vierten Platz gerückt sein. Da der Weltumsatz im Außenhandel heute aber

die höchsten Vorkriegsziffern weit übersteigt (dem Volumen nach etwa um 27 v. H.), haben wir unseren früheren Anteil am Welthandel von 9 bis 9,5 v. H. noch lange nicht erreicht. Letztes Jahr bei einer Ausfuhr der Bundesrepublik von fast 17 Mrd. betrug ihr Anteil an der Weltausfuhr erst 5,4 v. H. Auch der Abstand zum englischen Export, dem wir 1929 zu fast 95 v. H. nahe kamen, ist heute noch groß. England exportierte z. B. im Oktober für 2,8 Mrd. DM, die Bundesrepublik nur für 1,7 Mrd. Daß wir daher noch aufzuholen haben, ist verständlich, zumal wir auf engerem Raum noch für 10 Mill. Vertriebene Arbeit und Brot beschaffen müssen. Der Prozeß des Aufholens geht jedoch weiter, wie die Oktoberausfuhr zeigt. Dies ist eine erfreuliche Feststellung.

Klarheit und Unklarheit

Der langanhaltende Notenwechsel um die Außenministerkonferenz in Lugano hat gezeigt, daß der Westen in seinen Absichten und Meinungen immer deutlicher wurde, während Moskau immer undeutlicher und verlauselter durch langatmige Formulierungen antwortete. So haben sich die Westmächte in ihrer Note veranlaßt gesehen, die letzte Sowjetnote zunächst einmal zu interpretieren. Sie haben dies in kurzer, klarer, ja scharfer Form getan, nämlich mit den Feststellungen: Der Kreml will eine fernöstliche Konferenz mit Rotchina als Voraussetzung einer Konferenz über Deutschland und Österreich; er ist also an dem schrittweisen Vorgehen zur Entspannung der Weltlage über das drängendste Hauptproblem Deutschland jetzt nicht interessiert; außerdem verlangt er ein „schutzloses Europa“ als Konferenz-Vorbedingung. Das lehnen die Westmächte ab.

Diese Ablehnung der Sowjetnote überrascht nicht. Auch Moskau hat gewiß damit gerechnet und ist darüber wahrscheinlich gar nicht erzürnt, weil es, wie viele meinen, vielleicht gar keine Aussprache will. Diesem möglichen Nicht-Wollen Moskaus darf aber der Westen nicht noch entgegenkommen; das Noten-Hin-und-Her war gewiß unbefriedigend, doch dür-

fen die Kontakte nicht abgebrochen werden; die Mühe um das Zustandekommen einer Aussprache in irgendeiner Form darf nicht nachlassen, weil sonst zu leicht ein Zustand der Stagnation eintreten könnte, der die Lösung der drängenden Probleme auf die lange Bank schieben könnte.

Aus diesen Erwägungen ist die neue Westnote auch keineswegs ein Abbruch. Vielmehr läßt sie „die Tür offen“, d. h. es werden der Sowjetunion alle Möglichkeiten gelassen, ihr bisher unklares, utopisch anmutendes Wollen durch neue Vorschläge auszudrücken, die sich dann aber auf der Basis von Realitäten bewegen müßten. Das wäre der Fall, wenn Moskau tatsächlich an einer Fernost-Konferenz interessiert ist. Dort liegen jetzt, nüchtern gesehen, die diplomatischen Ansatzpunkte, nachdem sich die Sowjets gegenüber Lugano so halsstarrig ablehnend verhalten haben. Es ist also keinesfalls gerechtfertigt, müde und resigniert in die nächste Zukunft zu sehen. Zumindest aufschlußreich in mancher Beziehung ist der Notenwechsel gewesen, auch die sowjetischen Reaktionen auf die neue Westnote dürften es sein. Auf reale sowjetische Vorschläge wird man allerdings auch weiterhin vergebens warten, wenn Moskau partout nicht will.

Hilfe für Flüchtlinge

Den Haag (AP). Der Hohe Kommissar der UN für das Flüchtlingswesen, van Heuven-Goedhart, hat den Weltverband ehemaliger Frontkämpfer aufgefordert, sich des Flüchtlingsproblems anzunehmen, da ohne Lösung dieser Frage kein echter Friede herrschen könne. Van Heuven-Goedhart erbat vor allem Hilfe für jene Flüchtlinge, die noch in Lagern leben müssen.

Bonn (DPA). Unter dem Kennwort „Heraus aus den Lagern“ hat das Deutsche Erholungswerk in Bonn eine Aktion eingeleitet, die vor allem den von der Lagerpsychose bedrohten Flüchtlingen zu einem vierzehntägigen Erholungsaufenthalt verhelfen soll.

Frankfurt/M. (AP). Tausend deutsche Flüchtlingskinder sollen in diesem Winter einen dreimonatigen Ferientaufenthalt in der Schweiz verbringen. Die Kosten trägt das Schweizer Rote Kreuz.

Hamburg (DPA). Die Vollversammlung des Bundesjugendringes appellierte in Hamburg an die Bevölkerung des Bundesgebietes, jugendliche Flüchtlinge aus der Sowjetzone zu Weihnachten in die Familien einzuladen.

„Ernst-Reuter-Straße“ in Hof

Hof (Eigenmeldung). Der Stadtrat von Hof hat einstimmig beschlossen, eine neue große Straße im Westen der Stadt „Ernst-Reuter-Straße“ zu nennen.

Berlin wird unterstützt

Bonn (Eigenmeldung). Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Dr. Walther Schreiber, hatte eine eingehende Aussprache mit Bundeskanzler Adenauer. In einem offiziellen Kommuniqué heißt es: „Dabei ergab sich völlige Übereinstimmung der Auffassungen. Der Bundeskanzler benutzte die Gelegenheit zu versichern, daß die Bundesregierung wie bisher alles in ihrer Kraft Stehende tun werde, um den wirtschaftlichen Aufstieg Berlins weiter zu fördern, die sozialen Schwierigkeiten zu überwinden und damit die politische Kraft der Stadt zu stärken.“

Jetzt polnische Note

Wie es sich für einen sowjetabhängigen Ostblockstaat gehört, hat Polen bisher zu Fragen der großen Politik geschwiegen. Neuerdings versucht die Warschauer Satellitenregierung, der westlichen Welt eine Art Souveränität vorzuspiegeln. Sie hat an Belgien, Holland, Norwegen, Dänemark, Luxemburg, vor allem aber an Frankreich eine diplomatische Note übergeben. Als „östlicher Nachbar“ Deutschlands nimmt Polen Kontakt mit den „westlichen Nachbarn“ Deutschlands. Nachbarländer vereinigt euch! Vereinigt euch gegen die Europäische Verteidigungsgemeinschaft, durch die Deutschland seine neuen Aggressionsabsichten auf die Nachbarländer durchführen möchte...

Daß diese polnische Note aus Moskau kommt und Warschau nur den Verteiler spielt, braucht nicht weiter erörtert zu werden. Immerhin ist es bemerkenswert festzustellen: jetzt werden die Satelliten eingeschaltet, um die Moskauer Deutschlandpolitik weiter zu verfolgen. Diese Taktik könnte noch manche Über-

raschung bringen — wenn die westliche Welt diesen Satelliten auch nur ein ganz geringes Maß an eigener Meinung und Selbständigkeit zubilligen würde.

Die polnische Note ist kein Musterbeispiel eines diplomatischen Schriftstückes. Sie will es auch gar nicht sein. Von einem durchsichtig dünnen diplomatischen Mäntelchen umhüllt, wendet sie sich im dialektischen Tonfall eines allerdings gemäßigten kommunistischen Pressekommentars vor allem an die französische Öffentlichkeit.

Die polnischen Motive seien „freundschaftlicher Art“, heißt es mit harmloser Beteuerung in der Note. Damit nicht genug, wird auch den französischen Nationalisten das Wort geredet mit der Behauptung, die Verträge würden von den daran beteiligten Völkern den „Verzicht auf einen großen Teil ihrer Souveränität und auf viele teure Tradition fordern“ — als wenn die Schöpfer dieser Note nicht schon vor acht Jahren dem polnischen Volk jede Souveränität und jede nationale Tradition geraubt hätten.

„Neuer Kurs“ noch ohne Wirkung

Die Gesamtproduktion von Industriewaren in der Sowjetzone hat nach einer Untersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung im dritten Quartal 1953 die Planzahl nicht erreicht. Das ist in erster Linie auf ungenügende Leistung der Privatindustrie zurückzuführen, die weiterhin unter mangelhaften Materialzuteilungen zu leiden hatte. Das Institut schließt aus der Tatsache, daß von der sowjetzonalen „Staatlichen Plankommission“ keine Vergleichszahlen über die Erfüllung des Produktionsplanes im ersten und zweiten Quartal dieses Jahres gegeben werden, daß gegenüber diesem Zeitraum im dritten Quartal keine Steigerung erzielt würde. Gegenüber dem dritten Quartal des Vorjahres stieg die Gesamterzeugung nach den sowjetzonalen Angaben um 14 Prozent. Im ganzen gesehen nimmt das Tempo der Produktionszunahme ab.

Die Steigerung der Produk-

tion, besonders der „volkseigenen“ Betriebe, ist vor allem durch den Mangel an Betriebskapital beeinträchtigt, das zur Erhöhung der Konsumgütererzeugung zusätzlich gebraucht wird. Die Betriebe sind wegen der als „Überplanbestände“ bezeichneten starken Warenlage — meist nicht absetzbare Halb- und Fertigwaren — nicht imstande, ihre kurzfristigen Produktionskredite termingerecht abzudecken.

Trotz der Erhöhung der ostzonalen Kaufkraft durch Preis- und Steuerensenkungen ist nicht damit zu rechnen, daß die Lädenhüter, um die es sich bei den Überplanbeständen meist handelt, dafür in großem Umfang erworben werden. So hat beispielsweise ein Großbetrieb der Leichtindustrie Waren im Werte von 0,5 Mill. Ostmark produziert, die nach den Angaben der sowjetzonalen Zeitschrift „Die Wirtschaft“ wegen ihrer schlechten Qualität „absolut nicht mehr absetzbar sind.“

Sowjet-Spione in Norwegen verhaftet

15 Fälle gemeldet — Verstärkung der Grenzwatchen

Oslo (DPA). 15 Verhaftungen wegen Spionage sind in den vergangenen Tagen in Nordnorwegen durchgeführt worden. Die Verhafteten stehen unter dem Verdacht, der Sowjetunion militärische Geheimnisse verraten zu haben. Als erste Maßnahme wurde von der norwegischen Regierung beschlossen, die Watchen an der Grenze zur Sowjetunion zu verstärken.

US-Gewerkschaftsbund wählte

New York (DPA). Walter Reuther ist wieder zum Präsidenten des amerikanischen Gewerkschaftsbundes CIO gewählt worden. Auch die übrigen Spitzenfunktionäre des CIO wurden wiedergewählt.

Schlag gegen ein ganzes Volk

Vatikanstadt (AP/DPA). Papst Pius empfing am Donnerstag in Sonderaudienz das beim Vatikan akkreditierte diplomatische Korps, das ihm eine Beileidsadresse zur Amtsenthebung und Inhaftierung des polnischen Kardinals Wyschinski überbrachte.

Der Papst erwiderte in einer Ansprache, das Kardinal Wy-

schinski zugefügte Leid sei eine neue Station auf dem schmerzvollen Wege, den die polnische Nation seit Jahren gehen müsse. Die polnische Regierung habe geglaubt, durch die Ausschaltung Wyschinskis dem zähen Widerstand der polnischen Bevölkerung einen entscheidenden Schlag versetzt zu haben. Es handele sich nicht um einen Gewaltakt gegen einen einzelnen, sondern gegen ein ganzes Volk.

Atomtechnik in Deutschland

München (DPA). Über die Möglichkeiten der Atomtechnik in Deutschland sprach in München der Direktor des Max-Planck-Instituts für Physik in Göttingen, Prof. Dr. Heisenberg. Es werde gestattet sein, in der Bundesrepublik neun Tonnen Uran jährlich zu fördern und ein Atomkraftwerk von 1500 Kilowatt einzurichten. Die in den letzten Monaten entwickelte Methode, Atomenergie auch aus dem „schwachen“ Kernbrennstoff zu gewinnen, gebe die Hoffnung, Kriegs- und Friedendstechnik besser zu trennen. Die neun Tonnen Uran würden

300 000 als Zwangsarbeiter

New York (AP). Etwa 300 000 Polen befänden sich gegenwärtig in kommunistischen Zwangsarbeitslagern, hat der frühere polnische Diplomat Dr. Marek Korowicz auf einer Pressekonferenz in New York erklärt. Das polnische Regime unterhalte „öffentlich und offiziell“ 87 Konzentrationslager, deren Insassen Sklavenarbeit verrichten müßten. Etwa 30 Prozent von ihnen seien Frauen.

Korowicz war bis September 1953 Professor für internationales Recht an der Universität Krakau.

die gleiche Energiemenge wie 24 Mill. Tonnen Kohle liefern. Die Entwicklung der Atomtechnik bezeichnete Heisenberg als ein abgeschlossenes Gebiet.

Washington (AP/DPA). Die USA haben sich bereit erklärt, Großbritannien und Kanada Informationsmaterial über die Wirkung von Atomwaffen auf Menschen und ihre Umgebung zur Verfügung zu stellen, gab die US-Atomenergie-Kommission bekannt.

Das Hauptziel des Informationsaustausches ist, wie der Vorsitzende der Kommission, Admiral Lewis Strauss, sagte, die Verbesserung der Verteidigungsmöglichkeiten des Westens gegen Atomwaffen.

Zwangsversteigerung bei Wyschinski

East Norwich (AP). Zwei im Besitz der sowjetischen UN-Delegation befindliche Häuser auf Long Island sind zur Zwangsversteigerung ausgeschrieben worden, weil die Sowjets mit rund 5300 Dollar Grundsteuer im Rückstand sind. In einem der beiden Häuser wohnt zur Zeit der sowjetische Chefdelegierte Wyschinski mit seiner Familie.

Die Sowjets sind auch früher schon größere Steuerrückstände schuldig geblieben, da sie die Ansicht vertreten, als Diplomaten seien sie von der Steuerpflicht ausgenommen. Bisher haben sie letzten Endes jedoch die Steuern immer noch bezahlt.

Schneller als der Schall

Einen neuen absoluten Geschwindigkeitsrekord für Flugzeuge stellte der 32 Jahre alte

amerikanische Pilot Scott Crossfield mit einem Raketenflugzeug vom Typ „Douglas Skyrocket“ auf. Crossfield erreichte einen Stundendurchschnitt von 2135 km und war damit fast zweimal so schnell wie der Schall.

Der erfolgreiche Rekordversuch fand über der südkalifornischen Wüste statt. Nach den Berichten wurde die „Skyrocket“ von einem „Mutterflugzeug“ vom Typ B 29 auf eine Höhe von etwa 10 000 Meter geschleppt und dann ausgeklinkt. Die Rekordgeschwindigkeit wurde in einer Höhe von „über 18 000 Meter“ im Sturzflug erreicht.

Alle übrigen in der letzten Zeit gemeldeten Rekordgeschwindigkeiten, die durchweg nahe bei 1200 km/st lagen, wurden mit Düsenflugzeugen amerikanischen bzw. englischer Herkunft erzielt.

Vorspiegelung falscher Tatsachen

Washington (DPA). Die Sowjetunion habe ihre Anerkennung durch die Regierung der USA vor 20 Jahren unter Vorspiegelung falscher Tatsachen erlangt, erklärte US-Außenminister Dulles am Dienstag anlässlich des Jahrestages der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Staaten. Moskau habe seinerzeit Versprechungen gemacht, sagte Dulles, die es später nie eingehalten habe. Dulles verwies in diesem Zusammenhang auf die großen amerikanischen Pacht- und Leihlieferungen während des letzten Krieges und zog das Fazit mit den Worten: „Es ist unklug, amerikanische Leistungen gegen sowjetische Versprechen einzutauschen.“

„Führer“-Gedenken in Cäcilienhof

SED-Angriff auf Potsdam — Stalins Sessel wird als Museumsstück gezeigt

„Berlin wird schön — Potsdam auch!“ hat die SED-Kreisleitung Potsdam vor kurzem großspurig verkündet. Sie versprach in einem Programm ein HO-Hotel, ein neues Theater, Renovierung der Häuserfassaden, einen Kulturpark, neue Grünanlagen und alle erdenkliche Förderung für regen Reiseverkehr, den man für Potsdam erhofft. Nanu? Ausgerechnet Potsdam? Im „Neuen Deutschland“ findet man den Satz, der alles erklärt: „Die Stadt des Potsdamer Abkommens, in der der unvergeßliche Stalin weilte, will mit diesem Programm ihrer großen Verpflichtung nachkommen . . .“

Potsdam als Stalin-Kulisse! Was man davon erwarten darf, zeigt der Bericht eines westdeutschen Besuchers, der erschüttert nach Berlin kam. In Potsdam hatte er die „neue historische Stätte“ der Stadt gesehen: Das Kronprinzessinnen-Palais „Cäcilienhof“ im „Neuen Garten“. Jenen landhausähnlichen Bau, der kurz vor dem ersten Weltkrieg entstand und nie viel Aussicht hatte, jemals größere Beachtung zu finden.

Kontrollierter Besuch

Heute ist Cäcilienhof ein sakrosanktes Heiligtum sowjetischer Stalinverehrung, und es schmerzt die klassenbewußten Schloßbetreuer, daß das Gros der Potsdambesucher noch immer den Park von Sanssouci bevölkert und Cäcilienhof „links“ liegen läßt. Aber als westdeutscher Gast der altpreußischen und neurossischen Garnisonsstadt darf man kaum die Räume ignorieren, in denen der „weisse Führer aller Völker“ gesessen hat. Zum Glück halten die Gralhüter auch wirklich jeden für einen andächtigen Bewunderer, der ihnen seinen westdeutschen Personalausweis vorzeigt. Denn in der Zone der ewigen Kontrollen darf auch Cäcilienhof nicht ohne Ausweis betreten werden.

Der große Park, erst seit einiger Zeit von der sowjetischen Besatzungsmacht für allgemeine Besuche freigegeben, ist verwahrlost. Der Wind weht das welke Laub über die sandigen Wege — keine Bänke laden zum Rasten ein. Gegenüber dem Marmortempel stehen noch die gerüstartigen Reste einer hölzernen Theaterhalle, die sich die Besatzer hier aufgestellt hatten und die nunmehr abgerissen wird. Geblichen sind noch eine Radrennbahn und

eine weißgekalkte Latrine, unmittelbar am Hauptweg zum Schloß der Kronprinzessin. Einige Bretterzäune, die durch das Buschwerk sichtbar werden, verraten, daß noch immer Teile des großen Parkes für die Sowjets abgesondert sind.

Wie ein behäbiger englischer Landsitz liegt Schloß Cäcilienhof da, über der halbgotischen Einfahrt zum Innenhof wehen kleine Fahnen — in der Mitte die rote sowjetische Flagge, daneben der Union Jack und das Sternenbanner. Die dominierende Stellung der Sowjetfahne soll symbolisieren, daß diese Macht den „Hauptanteil an der Zerschlagung des Hitlerfaschismus“ getragen hat, wie es im Leiergesang des Schloßführers heißt.

Ein kleiner Vorraum mit roten Ledersesseln und Holztafelung, als säße man im Büro eines Hamburger Readers — dann der „Konferenzsaal“, die ehemalige Halle des Schlosses. Trotz des riesigen Fensters, das fast eine ganze Wandseite einnimmt, liegt der Raum im Dämmerlicht. Um den großen runden Tisch — „eigens für die Potsdamer Konferenz angefertigt“ — stehen rote Plüschsessel, wie wir sie mit ihren gewölbten Beinen noch aus Großmutter's guter Stube kennen. Drei Sessel sind breiter und haben Armlehnen, die mit vergoldeten Löwenköpfen verziert sind. Hier saßen sie sich gegenüber — Stalin, Truman und Churchill. Heute konzentriert sich die Andacht linientreuer Besucher auf jenes Polster, das von Stalin benutzt wurde. Den Sesseln Trumans und Churchills gilt nur ein giftiger Blick. Auch das Bild, das von der Potsdamer Konferenz berichtet, zeigt nur die sowjetische Delegation. Man nickt zustimmend;

Schließlich sind die Sowjets ja auch die einzigen, die sich heute noch an dieses Abkommen klammern, wenn es sich um Punkte handelt, die ihrer Politik von Nutzen sind.

Zweifelhafte Bescheidenheit

Stalins Arbeitszimmer wird vorgezeigt — man macht die Besucher eindringlich auf die „Bescheidenheit und Schlichtheit“ aufmerksam, ein Verfahren, das uns Deutsche nicht mehr beeindrucken kann, seit wir mit der „Bescheidenheit und Schlichtheit“ von „Führern“ so kostspielige Erfahrungen gemacht haben. Das Schiffskabinenzimmer der Kronprinzessin wird als abschreckendes Gegenbeispiel feudalistischer Verschwendungssucht bezeichnet. Wer wohl ernsthaft glauben soll, daß der „bescheidene“ Stalin angenehmer war als die „verschwenderrische“ Cäcilie?

Dort ist das Klavier, auf dem Truman Beethoven spielte, während Stalin in Andacht lauschte. Heute ist der Deckel des Pianos zugenagelt — auch ein Symbol?

Das große ehrfürchtige Erschauern, das nach Wunsch der SED den Besucher von Cäcilienhof erfassen soll, bleibt aus. Der Schleier der Historie ist zu dünn gewebt. Potsdam wird immer Sanssouci sein, nie Cäcilienhof werden. Auch aller Kult um den toten Stalin kann das Gewicht nicht verlagern.

Kirchentag in der Zone

Fulda (Eigenmeldung / epd). Der Deutsche Evangelische Kirchentag wird im Jahre 1954 im Gebiet der Sowjetzone stattfinden. Diesen Beschluß faßte das Präsidium des Deutschen Evangelischen Kirchentages.

Präsident D. Dr. v. Thadden-Trieglaff wurde bevollmächtigt, die Verhandlungen mit den zuständigen Stellen aufzunehmen.

Berlin (epd). Die 100-Jahrfeier der Johanniskirche in Niemeck bei Belzig erhielt ihr besonderes Gepräge durch die Predigt von Bischof Dibelius und die Anwesenheit zahlreicher Kirchenvertreter aus Westdeutschland.

Schweinepest in 1371 Gemeinden

Erfassungskontrolleure verschleppen die Seuche

Berlin (Eigenmeldung). Durch die weite Verbreitung der Schweinepest in der Sowjetzone ist dort der gesamte Schweinebestand in größte Gefahr gekommen. Allein im dritten Quartal 1953 sind rund 46 000 Tiere eingegangen oder getöschachtet worden. Das bedeutet einen Verlust von 100 000 Zentner Schweinefleisch für die Ernährung der Bevölkerung.

Bis 1950 hielt sich die Schweinepest auch in der Sowjetzone im üblichen Rahmen. Jährlich fielen ihr etwa 600 Tiere zum Opfer. Erst durch die sogenannte „Sowjetische Neuerermethode“, bei der besonders primitive Schweinehütten gebaut werden, ist nach übereinstimmenden Erklärungen der Fachleute die Zahl der erkrankten Tiere sprunghaft angestiegen. Dazu kam die Verordnung des Ministerrates über die Errichtung von Schweinemastanstalten auf volkseigenen Gütern, wo bis zu 5000 Tiere gehalten werden müssen. Dort griff die Seuche verheerend um sich.

Nach den Unterlagen des Untersuchungsausschusses freier Juristen sind von 1950 bis zum 30. September 1953 insgesamt 107 396 Schweine an der Schweinepest eingegangen. Im 4. Quartal 1953 rechnet man nochmals mit einem Verlust von 50 000 Tieren.

Die Veterinäre der Sowjetzone wissen längst, daß die Schweinepest bei einer derartigen Ausdehnung nicht mehr mit den vorhandenen Mitteln eingedämmt werden kann. 1371 Einzelgehöfte und Gemeinden sind bereits von der Seuche befallen. Die zum Teil durchgeführte Schutzimpfung mit dem Mittel „Kristall-Violett-Vaccine“ hat sich als völlig wirkungslos erwiesen.

Selbst er hatte genug . . .

Berlin (DPA). Der Abteilungsleiter im sowjetdeutschen Justizministerium, Dr. Reinartz (SED), ist kürzlich nach Westberlin geflüchtet. Als Grund gab er an, er habe den Auftrag erhalten, einen Bericht über die „Schädlingssarbeit“ des ehemaligen Justizministers Fechner zusammenzustellen.

Wissenschaftliche Stromsperrn

Berlin (Eigenmeldung). In den sowjetzonalen Betrieben sollen

Man hat dagegen festgestellt, daß die Seuche durch die ständigen Stallkontrollen der staatlichen Erfassungskontrolleure erst recht verschleppt wird. Die Bauern wissen wohl, daß man in einer solchen Seuchenzeit keine fremden Personen in die Stallungen hineinlassen soll, andererseits ist es für sie aber schwer, den Kontrolleuren den Eintritt zu verweigern.

Schlechte Ernte in der Zone

Planzahlen sind Phantasie — Unter dem Friedensstand

Berlin (Eigenmeldung). Obwohl auch in der Sowjetzone in diesem Erntejahr die Witterung günstig war, erreichten die Ernten längst nicht ihren Friedensstand. Planungsmängel, Kolchos-Chaos, Bauernvertreibung, Mangel an Maschinen, Düngemitteln und Saatgut waren schuld daran.

Die von der Sowjetzonen-Regierung veröffentlichten Plan- und Ernteziffern sind weitgehend Phantasie. Anstatt einer Getreide-Normalernte von 6,75 Mill. Tonnen erreichte die Zone nur 5 Mill. Tonnen, was 90 Prozent des Plansolls entspricht.

Bei den Kartoffeln gibt ein Geheimbericht des Sowjetzonen-Landwirtschaftsministers zu, daß ein Ernteausschlag von nicht weniger als 5,5 Mill. Tonnen eingetreten ist und nur 10 bis 11 Mill.

Die Hauptschuld an der verheerenden Ausbreitung der Schweinepest haben demnach die unsinnigen Verordnungen der Pankower Regierung. Fachleute erklären, die Seuche werde zwangsläufig weiter um sich greifen, bis sich der sowjetzonalen Ministerrat endlich entschließt, die sogenannten „Sowjetischen Neuerermethoden“ fallen zu lassen und Fütterung, Mast und Unterbringung der Tiere so einzurichten, wie deutsche Züchter und Praktiker es in jahrzehntelanger Erfahrung erprobt haben. Die Hauptlast trägt allerdings die Bevölkerung, für die sich der zusätzliche Verlust an Fett und Fleisch im Winter bemerkbar machen wird.

100000 Tonnen Kartoffeln zur Verfügung stehen.

Unrentable Brigaden

Potsdam (Eigenmeldung). Im Bezirk Potsdam mußten fast alle Felder, die von den freiwilligen Erntebrigaden aus den Städten abgerntet worden waren, noch einmal nachgelesen werden. Nach einer amtlichen Feststellung ist der Ertrag der Kartoffelernte auf den ehemaligen Stadtgütern Berlins im Bezirk Potsdam um 35 Prozent geringer als 1939.

Wettbewerbs-Propaganda ausgepiffen

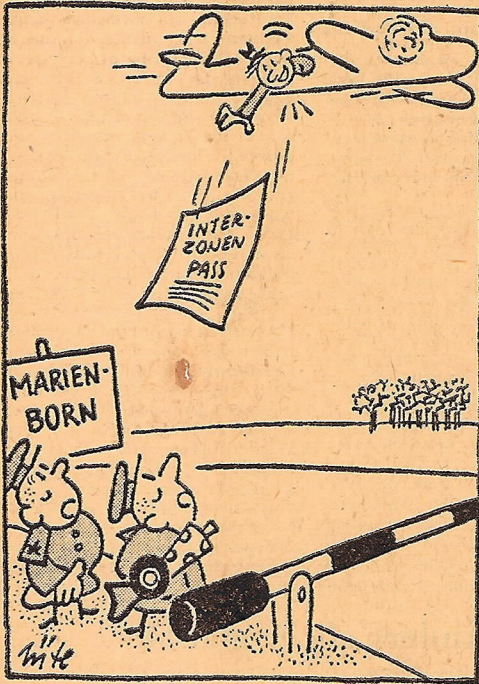
Berlin (Eigenmeldung). In allen volkseigenen Betrieben müssen Betriebsversammlungen durchgeführt werden mit dem Ziel, eine „freiwillige Normerhöhung zur Erreichung eines höheren Lebensstandards“ zu propagieren. Bei den ersten derartigen Versammlungen kam es bereits zu Protesten der Arbeiter.

Während einer Betriebsversammlung im „VEB - Waggonbau“ in Ammendorf (Halle) kam es zu erregten Auseinandersetzungen zwischen Funktionären und der Belegschaft als die Pankower Note an die Westmächte diskutiert werden sollte. Zwischenrufer verlangten die sofortige Zurücknahme aller sowjetischen Reparationsaufträge.

„wissenschaftlich geschulte Stromabschalter“ eingesetzt werden, die dafür zu sorgen haben, daß der Lichtstrom zu 50 Prozent eingeschränkt und der Verbrauch an Betriebsstrom wesentlich herabgesetzt wird.

In Leipzig stellte die „Kammer der Technik“ auf einer Pachtagung fest, daß in vielen Industriebezirken die Stromversorgung nur noch 50 Prozent des tatsächlichen Bedarfs beträgt.

Das Ende eines „Dokuments“



„Da, Genossen, zum Andenken!“

Piroschki contra Bulette

Der „neue Kurs“ geht nicht an den Küchenchefs der HO-Gaststätten vorbei: Vom 1. Dezember an müssen sie sich stärker auf russische Nationalgerichte umstellen. Die Speisekarte soll der Zivilbevölkerung künftig die gleichen Genüsse bieten, wie bisher den sowjetischen Offizieren in ihren Kasinos.

Tunlichst sollen zunächst die russischen Namen mit den deutschen Erklärungen versehen werden. So wird es dann in Kürze heißen: Basturma = pikante Fleischspeise, Blintshiki = gefülltes Omelett, Plimneni = Fleischpasteten oder Piroschki = gefüllte Teigtaschen.

Die HO-Zentralleitung in Berlin wird jeden Monat einen Kursus veranstalten und für alle HO-Gaststätten einen Vorschlag für russische Spezialitäten herausgeben.

Für die Hausfrauen waren in diesem Monat der Gesellschaft

für die deutsch-sowjetische Freundschaft besondere Kochkurse vorbereitet worden, um das Mißtrauen gegen die russische Küche zu beseitigen. Das Interesse für diese Kurse war bisher nicht überwältigend. Die politische Absicht schmeckt eben zu sehr durch. Die HO-Gaststätten werden es auch noch merken, wenn der Appetit auf Blintshiki nicht so groß ist wie auf eine biedere Bulette.

Der Fortschritt

Zwei russische Bauern fahren mit ihren Wagen über Land und kommen an ein Flüßchen, über das eine Brücke führt. Der eine Bauer durchquert das Gewässer in einer Furt, während der andere die Brücke benutzt; aber sie bricht zusammen und der Bauer fällt mitsamt seinem Wagen ins Wasser; worauf der erste ihm zuruft: „Du Dummkopf! Du siehst die Brücke und fährst darüber!“

Nur flüstern . . .

Luftsicherheitskonferenz

Zum zwanzigsten Male treffen sich die Bevollmächtigten der vier Mächte zur Luftsicherheitskonferenz in Berlin. Zu Beginn der Sitzung stößt der amerikanische Delegationsführer versehentlich an den Fuß der Dolmetscherin, die die Russen mitgebracht haben. „Verzeihung!“ sagt er.

Wendet sich die Dolmetscherin zum Sekretär der russischen Delegation und flüstert ihm etwas zu. Der geht zum Delegationsleiter. Der nickt hastig und geht hinaus. Sein Vertreter bittet die Konferenzteilnehmer, die Sitzung für zehn Minuten zu vertagen, es müsse eine wichtige Entscheidung abgewartet werden.

Schließlich kommt der sowjetische Delegationsleiter wieder, flüstert mit dem Sekretär. Der flüstert mit der Dolmetscherin. Allgemeine Spannung: Kommt eine entscheidende Wendung der Verhandlungen?

Da wendet die russische Dolmetscherin, kaum daß der Sekretär zu Ende geflüstert hat, sich freundlich lächelnd dem Amerikaner zu: „O bitte, es macht gar nichts!“

Sehr praktisch

Wieder einmal eine Freundschaftkundgebung. Ein Chinese steigt auf die Rednertribüne und hält fuchtelnd eine Rede auf Chinesisch. Das Festkomitee sieht sich verlegen um: Kein chinesischer Dolmetscher da. Plötzlich steigt einer überraschend auf die Tribüne und übersetzt fließend die ganze Rede.

Seine Genossen bewundern ihn hemmungslos: „Sage mal, wo hast du denn das gelernt?“ Lächelt der fixe Genosse: „Ich kann gar kein Chinesisch. Aber wir haben doch ein so praktisches System. Sagt selbst, Genossen, hätte er etwas anderes sagen können als das, was ich gesagt habe?“

Inkognito

Malenkow möchte einmal wissen, was die Bevölkerung wirklich über ihn denkt. So geht er inkognito in ein Moskauer Kino, in dem gerade eine Wochenschau läuft, in der er groß im Bild erscheint.

Kaum sehen die Leute sein Gesicht auf der Leinwand, erhebt sich brausender Jubel. Ganz erschüttert von soviel Anhänglichkeit schüttelt Malenkow den Kopf. Klopf ihm einer von der Seite auf die Schulter: „Vorsicht, Genosse! Wir denken ja alle wie du, aber klatsche lieber mit, sonst wirst du noch eingesperrt!“

Forschung mit Blitz und Donner

Neues Hochspannungs-Institut — Demonstration der Technik

Mit Blitz und Donnerschlag beging die AEG in Kassel die Eröffnung ihres neuen Hochspannungs-Instituts. Über 100 Vertreter der europäischen Elektrizitäts-Wirtschaft wohnten diesem Ereignis bei. Sie ließen sich von den Naturgewalten beeindrucken, die sich vor ihren Augen, wissenschaftlich kontrolliert, ausstoben. Es wurde eine Demonstration beherrschter Technik. Ihr weiterer Fortschritt machte diese neue Forschungsstätte notwendig.

Wie der Leiter des Instituts, Prof. Biermanns, in dessen Verantwortung die Forschung der AEG ruht, erklärte, sind die deutschen Hochschulen zur Errichtung derartiger Institute, die für die deutsche Industrie lebensnotwendig sind, heute nicht in der Lage. Das neue AEG-Institut wurde mit einem Kostenaufwand von fast 6 Mill. D-Mark errichtet. Sein Betrieb kostet jährlich etwa 1,5 Mill. D-Mark.

Anlässlich der Eröffnung wurde mitgeteilt, der Strombedarf Deutschlands wachse so stark, daß sich alle zehn Jahre die Leistungen der Kraftwerke und Verteilungsanlagen verdoppeln müssen. Für den Betrieb der Hochspannungsleitungen, die die elektrische Energie über weite Strecken führen, werden immer höhere Spannungen benutzt. In Deutschland ist bereits eine 300 000-Volt-Fernleitung in Betrieb. Ein europäisches 400 000-Volt-Netz wird vorbereitet. Diese hohen Betriebsspannungen erfordern Schalter und Geräte für bisher nicht übliche Höchstspannungen. Um diese Geräte zu prüfen und zu entwickeln, müssen die Höchstspannungen auch im Laboratorium zur Verfügung stehen. In dem AEG-Institut befinden sich zur Erzeugung kurzzeitiger Überspannungen, wie sie bei Gewitterstörungen durch Blitze auftreten, sogenannte Stoßgeneratoren, mit

denen bis zu 4 Mill. Volt erreicht werden. Die Leistungsfähigkeit eines Hochleistungsversuchsfeldes entspricht einer Leistung von bis zu 20 Mill. Kilowatt, das sind 20 Mrd. Watt. Vergleichsweise sind das 25 Mill. PS. Eine gewöhnliche Glühlampe verbraucht bis zu 100 Watt.

Mit diesen Spannungs- und Leistungswerten wird das modernste deutsche Institut dieser Art in der Lage sein, allen in absehbarer Zukunft auftretenden erhöhten Anforderungen gerecht zu werden.

Das Institut mutet äußerlich an wie das Zukunftslaborato-

rium eines Dominik-Romans. Im Innern befinden sich riesige Kupferkugeln, zwischen denen Funken wie Blitze überschlagen, Transformatoren, Generatoren, Isolatoren, Schalt- und Kontrollische. Hinter splitter-sicheren Panzerwänden kann das Beobachtungspersonal ungefährdet den Versuchsablauf überwachen, der von automatischen Meßeinrichtungen und Kameras in jeder Phase der meist nur millionstel Sekunden dauernden blitzartigen Entladungen festgehalten wird.

Die AEG, die so alt ist wie die Starkstromtechnik, zu deren Fortschritten sie so viel beigetragen hat, stand, wie ihr Vorstandsmitglied Dr. Koehn erklärte, nach dem Krieg vor einer schweren Entscheidung. Sie entschloß sich, so sagte er, beim Wiederaufbau sich nicht auf besonders lukrative Spezialgebiete zu konzentrieren, sondern ihrer Tradition gemäß, als Universalfirma der Elektrotechnik das ganze Gebiet der Starkstromtechnik zu ihrer Aufgabe zu erklären.

Anders als er glaubte

Die Bekenntnisse ehemaliger Kommunisten, die sich von ihrem kommunistischen Babelglauben abgewandt haben, sind mittlerweile so zahlreich geworden, daß sie fast eine eigene Literaturgattung darstellen. Es hat seinerzeit kein geringes Aufsehen erregt, als der Redakteur des kommunistischen Zentralblattes in England „Daily Worker“, Douglas Hyde, seinen Austritt aus der kommunistischen Partei erklärte. Jetzt hat er in einem Buch ... Anders als ich glaubte“ (Verlag Herder, Freiburg) seine Gründe dargelegt und seine persönliche und politische Entwicklung ge-

schildert. Besonders interessant sind dabei seine Detailschilderungen des kommunistischen Organisations- und Propagandabetriebs. Es liest sich fast wie ein Kriminalroman, wenn der Verfasser auch nicht ohne Stolz des Wissenden erzählt.

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Filme im Amerika-Haus

Ständige kostenlose Filmvorführungen mit den neuesten Wochenschauen werden für Besucher aus dem Ostsektor Berlins und der Ostzone im Amerikahaus am Nollendorfplatz gezeigt:

Täglich ab 13 Uhr in stündlicher Folge. Letzte Vorführung um 17 Uhr. Sonnabends Beginn

um 14 Uhr; sonntags Beginn um 15 Uhr.

Jugendfilmstunde für Kinder aus dem Ostsektor und der Ostzone jeden Sonntag um 14 Uhr.

Außerdem in der Lesestube in Neukölln, Boddinstraße Ecke Karl-Marx-Straße: montags bis freitags 20 Uhr, sonnabends 19 Uhr und 20 Uhr.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Charlottenburg 9, Reichsstr. 4, Tel. 920231. Druck: W. Büxenstein, GmbH.